

Niehues, Judith

Article

Subjektive Ungleichheitswahrnehmung und Umverteilungspräferenzen: Ein internationaler Vergleich

IW-Trends - Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung

Provided in Cooperation with:

German Economic Institute (IW), Cologne

Suggested Citation: Niehues, Judith (2014) : Subjektive Ungleichheitswahrnehmung und Umverteilungspräferenzen: Ein internationaler Vergleich, IW-Trends - Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung, ISSN 1864-810X, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln, Vol. 41, Iss. 2, pp. 75-91,
<https://doi.org/10.2373/1864-810X.14-02-06>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/157106>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Subjektive Ungleichheitswahrnehmung und Umverteilungspräferenzen – ein internationaler Vergleich

Judith Niehues, Juni 2014

Die Bewertung von Einkommensungleichheit und die damit einhergehenden Umverteilungspräferenzen spielen eine entscheidende Rolle für die Gestaltung von Steuer- und Transfersystemen. Deutschland und die Schweiz haben zwar eine sehr ähnliche Einkommensverteilung. Es herrschen jedoch sehr unterschiedliche Meinungen darüber vor, wie kritisch die Einkommensdifferenzen beurteilt werden. Dies ist wenig überraschend, da es im Ländervergleich nahezu keinen Zusammenhang zwischen der tatsächlichen Verteilung der Einkommen und der subjektiven Bewertung der Einkommensunterschiede gibt. Ein wesentlich besserer Erklärungsfaktor für die Bewertung der Verteilung ist die subjektive Einschätzung der Ungleichheit innerhalb einer Gesellschaft. Ebenso werden auch die Umverteilungspräferenzen nicht durch die tatsächliche Verteilung, sondern vorwiegend durch die wahrgenommene Ungleichheit beeinflusst.

Stichwörter: Einkommensverteilung, Ungleichheitswahrnehmung, Umverteilungspräferenzen

JEL-Klassifikation: D31, H53, C81

Ungleichheit und Umverteilung

Nach dem Medianwählertheorem (Meltzer/Richard, 1981) wird die individuelle Umverteilungspräferenz durch die eigene Einkommensposition bestimmt. Verfügt der im Mehrheitswahlrecht entscheidende Medianwähler über ein unterdurchschnittliches Einkommen, dann votiert er für mehr Umverteilung, von der er selbst profitiert. Je weiter das Medianeinkommen unter dem Durchschnittseinkommen liegt, desto höher sollte demnach die erwartete staatliche Umverteilung auf der Makroebene ausfallen. Empirisch konnte dieser positive Zusammenhang zwischen Einkommensungleichheit und Umverteilung allerdings nur selten bestätigt werden. Dies zeigen einzelne Länderbeispiele: Trotz vergleichsweise hoher Einkommensungleichheit ist die staatliche Umverteilung in den USA gering. In Deutschland sind die Einkommen dagegen wesentlich gleichverteilt, die wohlfahrtsstaatliche Umverteilung ist aber trotzdem deutlich höher. Bénabou und Ok (2001) haben das Medianwählermodell um Mobilitätserwartungen erweitert. Durch die zusätzliche Berücksichtigung

sichtigung von Aufstiegsmöglichkeiten lässt sich demnach die geringe Umverteilung in den USA erklären (Alesina/La Ferrara, 2005). Deutschland und die Schweiz weisen allerdings sowohl eine ähnliche Einkommensungleichheit als auch ähnliche Mobilitätskennziffern auf. Trotzdem haben beide Länder signifikante Unterschiede in der Umverteilungshöhe (Zweifel/Neustadt, 2013).

Neben ländervergleichenden Studien werden auch die individuellen Determinanten der subjektiven Umverteilungspräferenzen untersucht. Cruces et al. (2013) zeigen beispielsweise mittels eines Survey-Experiments, dass Fehleinschätzungen der eigenen Einkommensposition in der Gesellschaft zu verzerrten Umverteilungspräferenzen führen können. Eine systematische Überschätzung der eigenen Position in der Gesellschaft könnte somit für die vergleichsweise optimistische Ungleichheitswahrnehmung in den USA (Norton/Ariely, 2011) verantwortlich sein – und damit auch für die geringere Umverteilungshöhe. Im Ländervergleich müsste die Selbsteinschätzung in den USA demnach aber deutlich stärker nach oben verzerrt sein als beispielsweise in Deutschland oder der Schweiz. Die Verteilung der selbst eingeschätzten Positionen in der Gesellschaft ist aber in allen drei Ländern nahezu identisch (Engelhardt/Wagener, 2014).

Neben der eigenen Einkommensposition und anderen individuellen Determinanten kann auch die Ungleichheit in der Gesellschaft direkter Bestandteil der individuellen Nutzenfunktion sein. Beispielsweise können soziale Normen und historische Erfahrungen mit einer unterschiedlichen Akzeptanz von Ungleichheiten in der Gesellschaft einhergehen (Alesina/Giuliano, 2010). Eine Fehleinschätzung der (Einkommens-)Ungleichheit kann somit auch der Grund für verzerrte Umverteilungspräferenzen sein. Der vorliegende Beitrag analysiert, inwieweit die beobachteten Länderunterschiede in der Bewertung von Einkommensdifferenzen und damit einhergehenden Umverteilungspräferenzen durch verzerrte Wahrnehmungen der Ungleichheit in einer Gesellschaft erklärt werden können.

Datengrundlage

Die Daten zur subjektiven Einschätzung der Einkommensverteilung und Umverteilungspräferenzen basieren auf dem Modul zur sozialen Ungleichheit des International Social Survey Programme (ISSP). Dies ist eine repräsentative internationale Umfrage zu sozialwissenschaftlich relevanten Themen. Das Ungleichheitsmodul wird nur etwa im zehnjährigen Turnus erhoben, zuletzt im Jahr 2009. In den meisten Ländern werden jeweils rund 1.000 Personen befragt. In Deutschland wurden für das ISSP 1.395 Personen mithilfe der umfangreicheren Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) zu Themen der sozialen Ungleichheit interviewt. Die Daten des ISSP werden vor allem in

der sozialwissenschaftlichen Forschung zu Umverteilungspräferenzen herangezogen (Lübker, 2007; Kenworthy/McCall, 2008), aber auch zunehmend in der ökonomischen Literatur verwendet (Corneo/Grüner, 2002; Engelhardt/Wagener, 2014). Die vorliegende Untersuchung umfasst 23 europäische Länder, die ebenfalls im European Union Statistics on Income and Living Conditions (EU-SILC) enthalten sind, und die USA.

Die zentrale Variable der Analyse basiert auf der Frage 14a des ISSP zu der wahrgenommenen Gesellschaftsform im Land der Befragten. Die exakte Fragestellung und die Zustimmunganteile für die jeweiligen Länder im Jahr 2009 sind in der Übersicht dargestellt. Demnach sind 54,2 Prozent der Deutschen der Meinung, dass die deutsche Gesellschaft am ehesten Typ A oder Typ B gleicht. Somit vermutet die Mehrheit, dass der Großteil der Bevölkerung am unteren Ende der Statusverteilung lebt. In einer Pretest-Befragung des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) wurden im Jahr 2011 ebenfalls knapp über 1.000 Personen mit der gleichen Frage zur Gesellschaftsform in Deutschland befragt. Die Ergebnisse zeigen ein nahezu identisches Bild der wahrgenommenen Gesellschaftsform wie auf Basis des ISSP für das Jahr 2009: 54,3 Prozent der Befragten stimmen für Typ A oder Typ B. Die subjektive Wahrnehmung der Gesellschaftsform ist somit gleichermaßen unabhängig vom Datensatz als auch robust im Zeitablauf. In Frankreich ist die Zustimmung für Typ A oder Typ B noch höher: 70 Prozent der Befragten gehen davon aus, dass die „meisten Menschen unten leben“. Die Einschätzung der Franzosen ist somit vergleichbar mit den Einschätzungen in den osteuropäischen Staaten. Anders sieht das Antwortverhalten in der Schweiz und den skandinavischen Ländern aus. Hier sehen die Befragten die meisten Menschen in der Mitte der Bevölkerung.

Darüber hinaus wird in der vorliegenden Analyse ein Indikator zur Bewertung der Einkommensverteilung verwendet. Die exakte Formulierung im Fragebogen des ISSP lautet: „Die Einkommensunterschiede in [Deutschland] sind zu groß.“ Die Befragten können in fünf Kategorien ankreuzen, ob sie dieser Aussage voll und ganz zustimmen, zustimmen, weder noch, nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

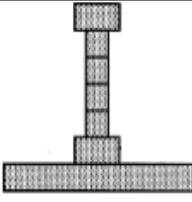
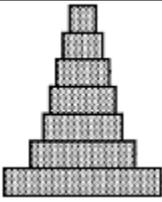
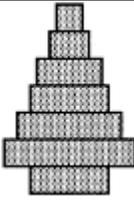
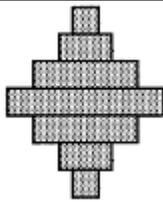
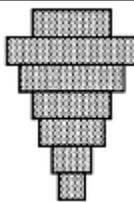
Im Einklang mit der Literatur (Corneo/Grüner, 2002; Lübker, 2007) wird die Zustimmung oder Ablehnung der Aussage „Es ist die Aufgabe des Staates, die Einkommensunterschiede zwischen den Leuten mit hohem Einkommen und solchen mit niedrigem Einkommen zu verringern.“ als Indikator für die Zustimmung zu staatlicher Umverteilung oder als Indikator für Umverteilungspräferenz verwendet. Die Frage gibt nur einen partiellen Einblick in die tatsächliche Umverteilungspräferenz, da zum einen die Kosten der Umverteilung in Form von höheren Steuern nicht berücksichtigt werden und zum anderen der Referenz-

punkt für die Umverteilungshöhe nicht eindeutig ist. Es handelt sich aber um die bestmöglichen Daten, um den vom Medianwählertheorem postulierten Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Umverteilungspräferenz zu überprüfen (Kenworthy/McCall, 2008).

Übersicht

Subjektiv wahrgenommene Gesellschaftsformen

Zustimmung¹⁾ im Jahr 2009 in Prozent

					
	Typ A	Typ B	Typ C	Typ D	Typ E
	Eine kleine Elite oben, nur sehr wenige Menschen in der Mitte und die große Masse der Bevölkerung unten.	Eine Gesellschaft, die einer Pyramide gleicht, mit einer kleinen Elite oben, mehr Menschen in der Mitte und den meisten Menschen unten.	Eine Gesellschaft, die einer Pyramide gleicht, aber mit nur wenigen Menschen ganz unten.	Eine Gesellschaft, in der sich die meisten Menschen in der Mitte befinden.	Viele Menschen im oberen Bereich und nur wenige Menschen im unteren Bereich.
A	17,4	26,5	31,0	22,6	2,5
B	6,8	34,5	23,5	32,1	3,0
BG	63,5	27,2	5,5	3,3	0,5
CY	4,5	24,0	57,4	13,0	1,1
CZ	30,9	35,1	18,5	13,5	2,1
DK	1,6	10,7	25,5	58,7	3,5
EST	32,6	46,6	9,6	9,8	1,5
FIN	6,9	23,7	32,6	35,6	1,2
F	16,4	53,6	16,3	12,1	1,6
D	18,8	35,4	23,0	18,6	4,2
H	56,6	32,3	6,0	3,7	1,4
IS	9,7	18,6	19,5	47,6	4,5
I	32,4	41,0	12,8	11,7	2,1
LV	68,3	20,2	5,4	2,4	3,7
N	2,1	10,8	23,6	56,4	7,1
PL	37,1	33,0	13,6	12,6	3,7
P	40,8	36,2	12,5	6,5	4,0
SK	43,6	39,1	8,5	7,4	1,4
SLO	26,4	31,5	27,2	12,3	2,7
E	16,8	41,2	21,5	17,0	3,5
S	7,1	23,3	29,8	37,9	1,9
CH	6,7	24,8	25,0	39,8	3,7
UK	14,9	41,9	18,8	20,9	3,5
USA	17,1	38,9	15,0	26,0	2,9

1) Frage 14a (ISSP, 2009): Die folgenden Diagramme stellen verschiedene Gesellschaftsformen dar. Bitte sehen Sie sich zuerst alle fünf Diagramme und die dazugehörigen Beschreibungen an. Entscheiden Sie dann, welches Diagramm Ihrer Meinung nach der Gesellschaftsform im jeweiligen Land heute am nächsten kommt.

Quellen: ISSP, 2009; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Subjektiver Ungleichheitsindikator

Die Einschätzungen gemäß der Übersicht zeigen, dass sich die Gesellschaftsbilder in den betrachteten Ländern zum Teil deutlich unterscheiden. Um diese Antworten zwischen den Ländern beispielsweise mit der tatsächlichen Einkommensverteilung vergleichen zu können, besteht die Herausforderung, die fünf Zustimmungssanteile in ein aggregiertes Gesellschaftsbild zu überführen und letztlich in einem Verteilungsindikator auszudrücken. Hierfür wird angenommen, dass die fünf abgebildeten Gesellschaftsformen jeweils unterschiedliche Bevölkerungsanteile in sieben Gesellschaftsschichten darstellen. Werden die flächenmäßigen Relationen zwischen diesen Gesellschaftsschichten bestimmt, dann lässt sich für jedes Land approximativ feststellen, wie groß der Bevölkerungsanteil in jeder einzelnen Schicht ist. Schicht 1 entspricht hierbei dem unteren Ende der Verteilungsskala, Schicht 7 dem oberen Ende der Gesellschaft. Die sich ergebenden Gesellschaftsformen werden in den Abbildungen 1 bis 5 dargestellt.

Werden die Schichten als ordinale (Gesellschafts-)Skala von eins bis sieben interpretiert, lassen sich die Bevölkerungsanteile für die einzelnen Skalenwerte auch in gängige Verteilungsindikatoren wie einem Gini-Koeffizienten umrechnen. Der Einkommensanteil einer Schicht entspricht dem anteiligen Skalenwert einer Schicht multipliziert mit dem bevölkerungsgewichteten Durchschnitt aller Skalenwerte. Aus den Einkommens- und Bevölkerungsanteilen lässt sich nach dem Prinzip der sogenannten Lorenzkurve ein nicht normierter Gini-Koeffizient ermitteln. Dieser kann als empfundene subjektive Ungleichheitswahrnehmung der Gesellschaftsstruktur interpretiert werden. Je kleiner der Wert dieses subjektiven Gini-Koeffizienten ist, desto geringer ist die in der Gesellschaft wahrgenommene Ungleichheit. Engelhardt und Wagener (2014) nutzen die Selbsteinordnung auf einer zehnstufigen Oben-Unten-Skala, um daraus einen Verteilungsindikator (das Mittelwert-Median-Verhältnis) zu ermitteln. In Robustheitschecks wird daher neben dem subjektiven Gini-Koeffizienten der Ungleichheitswahrnehmung auch das Mittelwert-Median-Verhältnis der Bevölkerungsanteile in den sieben Gesellschaftsschichten verwendet.

Tatsächliche Einkommensverteilung

Um einen Vergleich der subjektiv wahrgenommenen Verteilung mit der tatsächlichen Einkommensverteilung zu erhalten, werden ebenfalls die Bevölkerungsanteile in sieben Einkommensschichten ermittelt. Für die große Mehrheit der Länder wird hierfür auf die Haushaltsbefragungsdaten des EU-SILC des Jahres 2010 zurückgegriffen, da sich die relevanten Einkommensangaben jeweils auf das Vorjahr 2009 beziehen. Einzig für die Schweiz werden Einkommensangaben des Jahres 2010 verwertet, da Angaben aus den Vorjahren nicht vorliegen. Für die USA werden Daten der aktuell verfügbaren Welle des sogenannten Cross-National Equivalent File (CNEF) der Panel Study of Income Dynamics (PSID) des

Jahres 2009 verwendet. Diese sind vergleichbar mit den Einkommensdaten des deutschen SOEP. Geringe Abweichungen in den Zeiträumen spielen bei der Analyse keine Rolle, da die Argumentation auf Niveauunterschiede zwischen den Ländern abzielt. Demgegenüber sind Veränderungen zwischen wenigen Jahren innerhalb eines Landes nahezu vernachlässigbar. Als Einkommenskonzept wird wie bei den von Eurostat veröffentlichten Verteilungsstatistiken auf das bedarfsgewichtete Nettoeinkommen (ohne unterstellte Mieten für selbstgenutztes Wohneigentum) zurückgegriffen (Niehues, 2013).

Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, die Einkommensverteilung in sieben Schichten einzuteilen. Hier wird auf die Schichteneinteilung gemäß der IW-Mittelschichtsdefinition zurückgegriffen, die in einer umfangreichen Analyse ermittelt wurde (Niehues et al., 2013). Nach dieser Abgrenzung umfasst die sogenannte unterste Schicht alle Personen, die über ein bedarfsgewichtetes Nettoeinkommen von weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens der Gesamtbevölkerung verfügen. Die untere Schicht entspricht somit der EU-Definition der Armutsgefährdungsquote. Darüber liegt die sogenannte einkommensschwache Mittelschicht, die bis zu einem Einkommen von 80 Prozent des Medianeinkommens reicht. Die große Gruppe der Mittelschicht im engen Sinn wird in zwei Schichten eingeteilt (Schicht 3 von 80 bis 110 Prozent und Schicht 4 von 110 bis 150 Prozent des Medianeinkommens). Ebenfalls wird die einkommensstarke Mittelschicht (150 bis 250 Prozent des Medianeinkommens) bei 200 Prozent des Medianeinkommens in zwei Gruppen aufgeteilt. Folgt man der weiten Reichtums-Definition von Eurostat, dann beginnen bereits ab dieser sechsten Schicht die Einkommensreichen. Die siebte und oberste Schicht beginnt ab einem Einkommen von mehr als 250 Prozent des Medianeinkommens, um den Bereich zu beschreiben, der auch nach gesellschaftlichen Kriterien am ehesten der Oberschicht entspricht (Niehues et al., 2013). In Deutschland gehört ein Single zu dieser Gruppe, wenn er etwa über 4.000 Euro netto im Monat verfügt.

Die Differenzierung der sieben Gruppen bleibt – gleichsam wie die standardmäßige Abgrenzung der Armutsgefährdungsquote – willkürlich. Im Vergleich zu den anderen in der Literatur verwendeten Abgrenzungen der Einkommensschichten werden bei dieser Vorgehensweise in der Tendenz mehr Personen den unteren Einkommensschichten zugewiesen und wenige den obersten Schichten. Die Verteilung erscheint also allenfalls nach unten verzerrt. Darüber hinaus bleiben unabhängig von der Wahl der Abgrenzung der Einkommensschichten die grundsätzlichen Verteilungsunterschiede zwischen den Ländern bestehen. Bei der bildlichen Darstellung der Einkommensschichten gehen größere Flächen an den Rändern mit einer höheren Einkommensungleichheit einher.

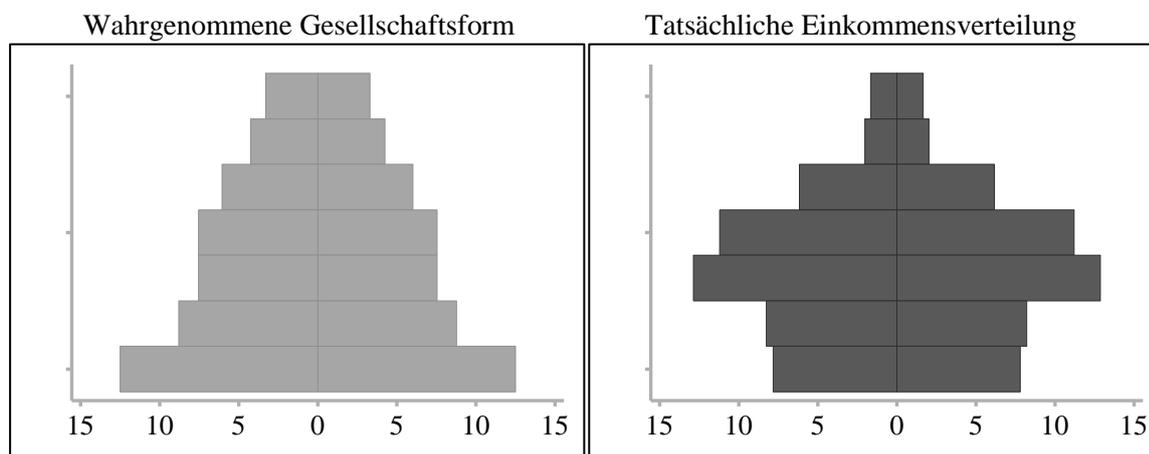
Subjektive Wahrnehmung und tatsächliche Verteilung

Die Aggregation der wahrgenommenen Gesellschaftstypen in **Deutschland** ist auf der linken Seite der Abbildung 1 dargestellt. Entsprechend dem Umfrageergebnis aus der Übersicht, wonach ein Großteil der Bevölkerung am unteren Ende vermutet wird, ist der Bevölkerungsanteil in der untersten Schicht mit 25 Prozent am größten. Der Umfang der darüber liegenden Schichten wird sukzessive kleiner. Insgesamt lässt sich die aus der Übersicht aggregierte Wahrnehmung der Befragten als Pyramide (Typ B) beschreiben, was auch dem Typ mit dem größten Zustimmungsanteil in Deutschland entspricht. Auf der rechten Seite der Abbildung 1 wird die Aufteilung der Bevölkerung in die sieben Einkommensschichten der subjektiven Wahrnehmung gegenübergestellt. Mit 15,6 Prozent (Armutgefährdungsquote) ist der untere Bereich deutlich schmaler, als die Bevölkerung es vermutet. Die größten Bevölkerungsanteile sind in den Schichten drei und vier – und somit in der Einkommensmittelschicht im engen Sinn – zu verorten. Insgesamt fällt knapp die Hälfte der Bevölkerung gemäß EU-SILC in einen Einkommensbereich zwischen 80 und 150 Prozent des Medianeinkommens. Nach oben hin wird die Verteilung sehr schmal. Deutlich weniger als ein Zehntel der Bevölkerung verfügt über mehr als 200 Prozent des Medianeinkommens und kann nach einer großzügigen Definition als „reich“ eingestuft werden (7,4 Prozent).

Abbildung 1

Wahrnehmung und tatsächliche Verteilung in Deutschland

Bevölkerungsanteile in sieben Schichten¹⁾ im Jahr 2009 in Prozent



1) Gesellschafts- beziehungsweise Einkommensschichten.

Quellen: Eurostat (EU-SILC); ISSP; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

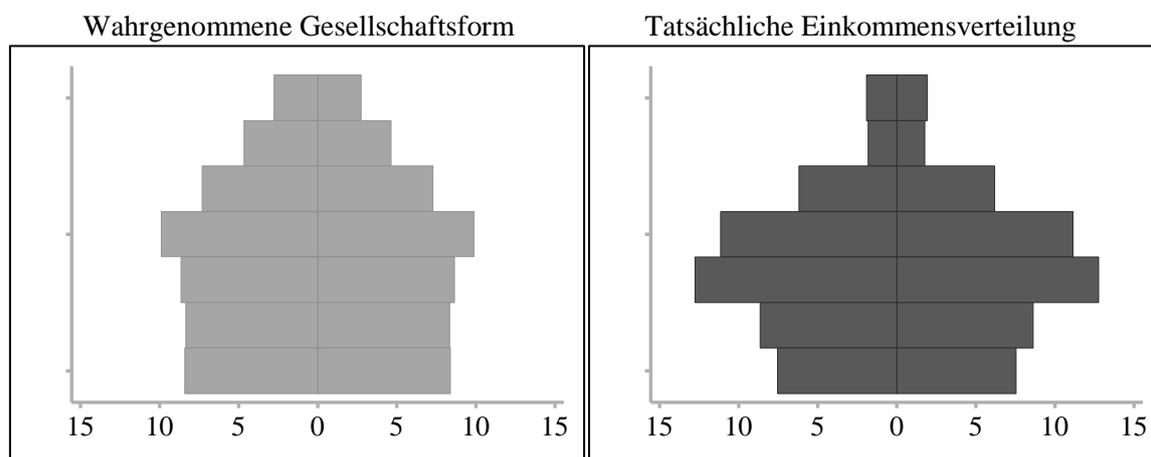
Die zwei unterschiedlichen Formen zeigen, dass zwar die Mehrheit der Bevölkerung am unteren Ende der Statusverteilung vermutet wird, gemäß der Einkommensverteilung befindet sich aber der Großteil der deutschen Bevölkerung im mittleren Einkommensbereich. Auch wenn in der Literatur unterschiedliche Abgrenzungen der Einkommensschichten

verwendet werden, teilen doch alle Studien den Befund, dass die Mehrheit der Deutschen in der Einkommensmittelschicht lebt.

Abbildung 2

Wahrnehmung und tatsächliche Verteilung in der Schweiz

Bevölkerungsanteile in sieben Schichten¹⁾ im Jahr 2009 in Prozent



1) Gesellschafts- beziehungsweise Einkommensschichten. Die Einkommen beziehen sich auf das Jahr 2010.
Quellen: Eurostat (EU-SILC); ISSP; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Abbildung 2 stellt die subjektiv empfundene Ungleichheit im Vergleich zu der tatsächlichen Verteilung der Einkommen in der **Schweiz** dar. Wie bereits die Übersicht zeigt, unterscheiden sich die Antworten für die verschiedenen Gesellschaftsformen in der Schweiz wesentlich von den deutschen Antworten. Am häufigsten haben die Schweizer für das typische Mittelschichtsmodell (Typ D) gestimmt. Entsprechend ist bei der Aggregation der Antworten der Bevölkerungsanteil im mittleren Bereich deutlich größer als in Deutschland. Die knappe 50-Prozent-Zustimmung für Typ B oder Typ C (Übersicht) führt zu dem trotzdem noch recht breiten unteren Bereich. Die erkennbaren Unterschiede in der wahrgenommenen Verteilung spiegeln sich aber keineswegs in der Einkommensverteilung wider: Die Verteilung der Bevölkerung auf die sieben Einkommensschichten ist nahezu identisch mit der in Deutschland. Dies entspricht dem sehr ähnlichen Gini-Koeffizienten der Einkommensungleichheit in Deutschland (0,289) und der Schweiz (0,297).

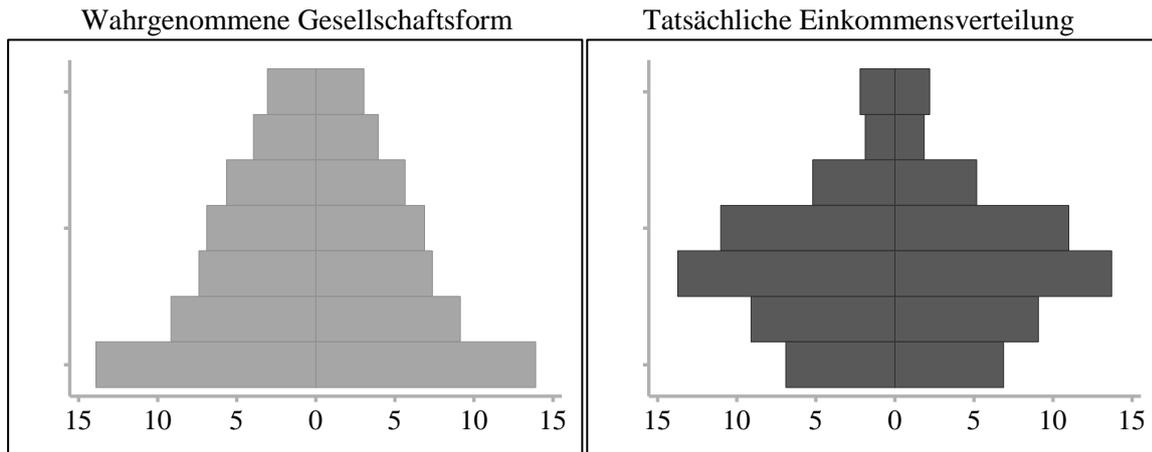
Mit einem Gini-Koeffizienten in Höhe von 0,297 unterscheidet sich auch **Frankreich** hinsichtlich der Einkommensungleichheit kaum von Deutschland und der Schweiz. Entsprechend ergeben die Bevölkerungsanteile in den einzelnen Einkommensschichten in Abbildung 3 wieder ein ähnliches Bild. Die Armutsgefährdungsquote liegt mit 13,8 Prozent in Frankreich etwas niedriger, dafür ist besonders die einkommensschwache Mittelschicht etwas größer als beispielsweise in Deutschland. Trotz der insgesamt vergleichbaren tatsächlichen Einkommensverteilung und der sogar etwas niedrigeren Armutsgefährdungs-

quote sehen die Franzosen die Gesellschaftsform kritischer als die Deutschen. Aus der höheren Zustimmung für Typ A und Typ B ergibt sich ein Bevölkerungsäquivalent von knapp 28 Prozent in der untersten Schicht.

Abbildung 3

Wahrnehmung und tatsächliche Verteilung in Frankreich

Bevölkerungsanteile in sieben Schichten¹⁾ im Jahr 2009 in Prozent



1) Gesellschafts- beziehungsweise Einkommensschichten.

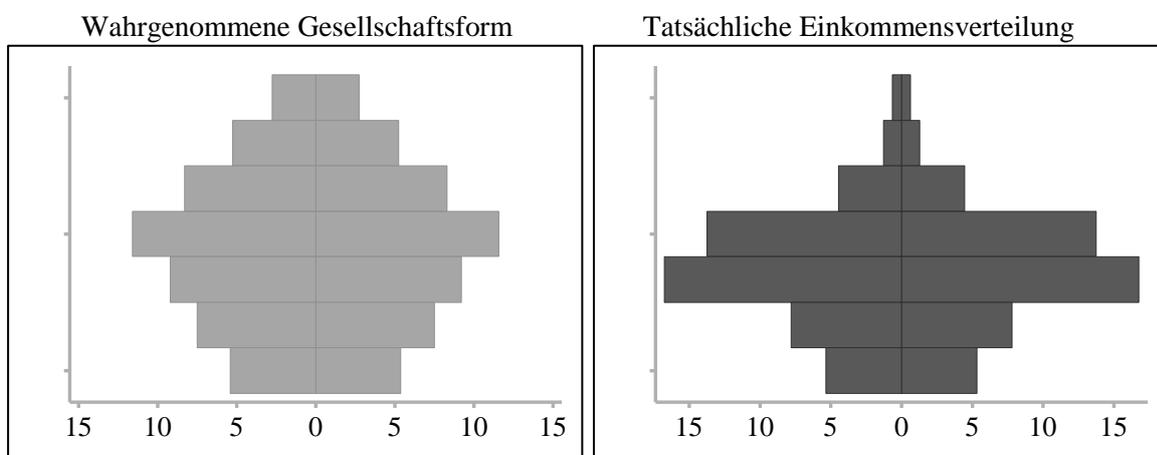
Quellen: Eurostat (EU-SILC); ISSP; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Nach diesen drei Ländern mit einer sehr ähnlichen Einkommensverteilung zeigt Abbildung 4 die wahrgenommene und tatsächliche Verteilung für **Norwegen**.

Abbildung 4

Wahrnehmung und tatsächliche Verteilung in Norwegen

Bevölkerungsanteile in sieben Schichten¹⁾ im Jahr 2009 in Prozent



1) Gesellschafts- beziehungsweise Einkommensschichten.

Quellen: Eurostat (EU-SILC); ISSP; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

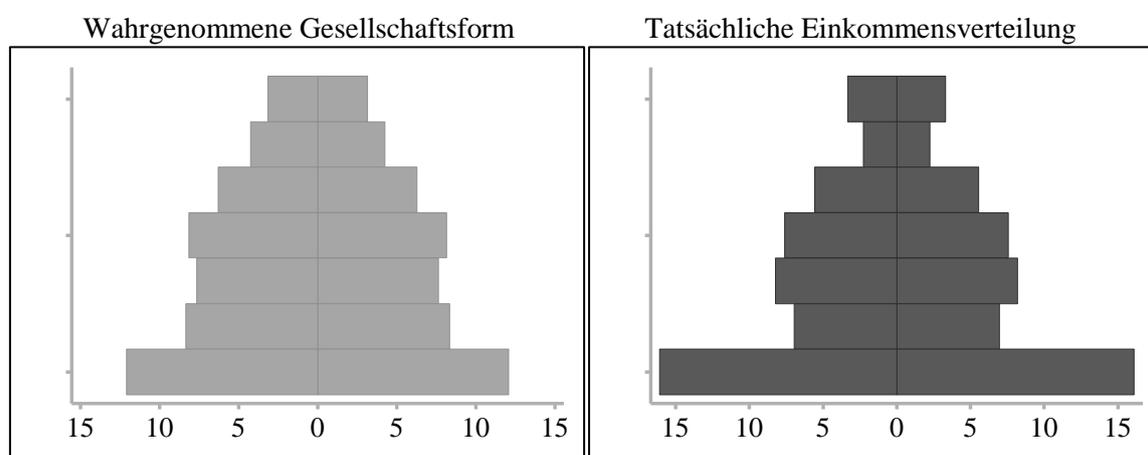
Norwegen ist das Land mit der geringsten Einkommensungleichheit (Gini-Koeffizient in Höhe von 0,233). Die gleichere Einkommensverteilung wird auch direkt aus der Verteilung der Bevölkerung auf die Einkommensschichten ersichtlich. Die unteren Einkommensschichten sind deutlich schmaler, über 60 Prozent der Bevölkerung gehören in die Mittelschicht im engen Sinn. Relativ Einkommensreiche sind nahezu nicht vorhanden. Die in Abbildung 4 ebenfalls dargestellte wahrgenommene Gesellschaftsform zeigt, dass die Norweger die Verteilung der Einkommen auch sehr gut einschätzen. Die Mehrheit der Norweger sieht die Gesellschaft als typisches Mittelschichtsmodell.

Mit einem Gini-Koeffizienten in Höhe von 0,417 liegen die USA deutlich am anderen Ende der Verteilungsskala. Das zeigt sich auch in den Einkommensschichten (Abbildung 5). Beinahe ein Drittel der Bevölkerung verfügt über weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens. Gleichzeitig gibt es dort die meisten relativ Einkommensreichen: Knapp 7 Prozent haben ein Nettoeinkommen von über 250 Prozent des Medianeinkommens. Trotz der wesentlich ungleicheren Einkommensverteilung ähnelt die Einschätzung aber eher der wahrgenommenen Ungleichheit in Deutschland (s. Abbildung 1).

Abbildung 5

Wahrnehmung und tatsächliche Verteilung in den USA

Bevölkerungsanteile in sieben Einkommensschichten in Prozent, im Jahr 2009



Quellen: ISSP; PSID; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Damit sind die USA das einzige hier betrachtete Land, das eine optimistischere Einschätzung der Gesellschaft hat, als es die tatsächliche Verteilung nahelegt. Der Befund, dass die US-Amerikaner die Verteilung wesentlich günstiger einschätzen, als es in der Realität der Fall ist, ist nicht neu: Gemäß subjektiver Einschätzungen liegt der Vermögensanteil des reichsten Quintils bei 59 Prozent – in der Realität sind es fast 84 Prozent (Norton/Ariely, 2011).

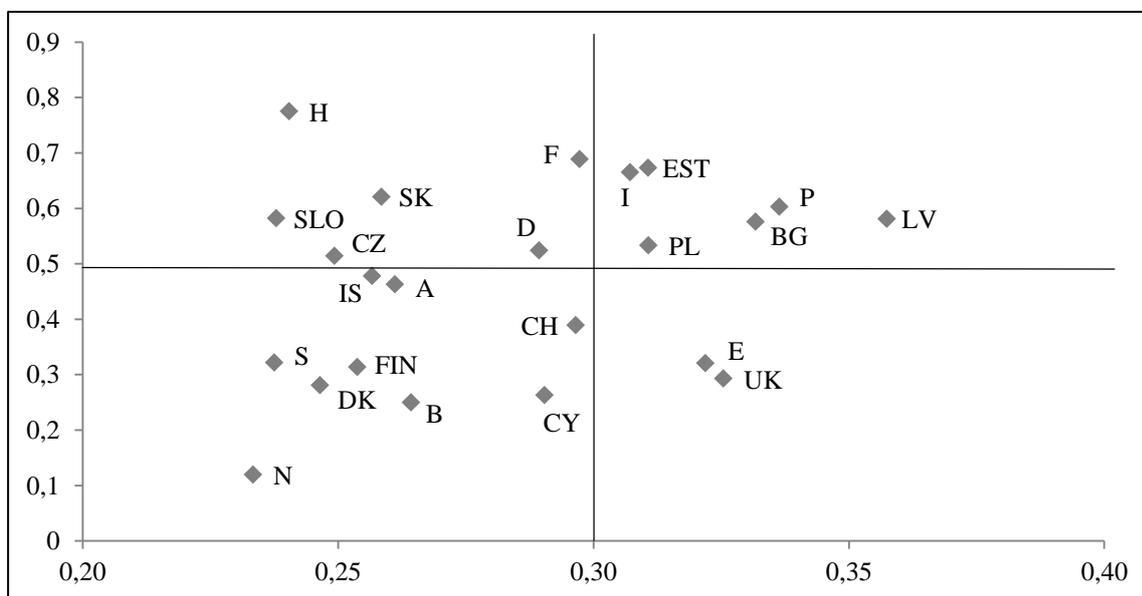
Bewertung von Einkommensunterschieden

Laut ISSP 2009 stimmen 52,4 Prozent der Deutschen voll und ganz zu, dass die Einkommensunterschiede in Deutschland zu groß sind. Diese und ähnliche Zahlen werden vorzugsweise in Gerechtigkeits- und Umverteilungsdebatten zitiert. Wird diese Bewertung der Einkommensdifferenzen der tatsächlich mithilfe des Gini-Koeffizienten gemessenen Einkommensungleichheit in 23 europäischen Ländern gegenübergestellt, ergibt sich eine Punktwolke (Abbildung 6). Die Ungleichverteilung der Nettoeinkommen kann nur 7 Prozent der Variation in den Bewertungen der Einkommensunterschiede erklären. Ein Zusammenhang ist nicht existent. Der Korrelationskoeffizient der beiden Größen beträgt gerade einmal 0,26 und ist statistisch nicht signifikant. Eine mögliche Erklärung für diese Beobachtung könnte sein, dass die Befragten bei der Bewertung der Einkommensunterschiede nicht die Nettoeinkommen, sondern die Bruttoeinkommen vor Abgaben und Transfers vor Augen haben. Aber das R-Quadrat einer Regression des Gini-Koeffizienten der Bruttoeinkommen auf die kritische Bewertung der Einkommensunterschiede liegt auch unter 8 Prozent, der Korrelationskoeffizient beträgt 0,28.

Abbildung 6

Bewertung von Einkommensunterschieden und tatsächliche Einkommensungleichheit

Angaben¹⁾ für das Jahr 2009



1) Zustimmung voll und ganz, dass die Einkommensunterschiede im Land zu groß sind, in Prozent (vertikale Achse); Gini-Koeffizienten der bedarfsgewichteten Nettoeinkommen (horizontale Achse). Der Gini-Koeffizient für die Schweiz geht auf das Jahr 2010 zurück. Die Linien entsprechen jeweils den bevölkerungsgewichteten Durchschnittswerten.

Quellen: Eurostat; ISSP; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

In Abbildung 6 werden die Anteile der Befragten als abhängige Variable herangezogen, die voll und ganz zustimmen, dass die Einkommensunterschiede in ihrem Land zu groß sind. In einigen Untersuchungen wird auch die Summe aus denjenigen, die voll und ganz zustimmen, und denjenigen, die grundsätzlich zustimmen, verwendet (Lübker, 2007). In diesem Fall steigt der erklärte Anteil durch die Ungleichheit der Nettoeinkommen auf knapp 20 Prozent, der Korrelationskoeffizient auf 0,44. Allerdings gibt es bei der Summe aus beiden Antwortmöglichkeiten kaum noch eine Variation zwischen den beobachteten Ländern – in weit über der Hälfte der Länder beträgt der Zustimmungsanteil über 80 Prozent. Wird als unabhängige Variable die Ungleichverteilung der Bruttoeinkommen betrachtet, ist die erklärte Varianz weiterhin nahezu null.

Zu den Ländern, die entgegen der Erwartung eines eindeutig positiven Zusammenhangs zwischen den beiden Größen auffallen, gehören zum einen die osteuropäischen EU-Staaten Ungarn, Slowenien, die Tschechische und Slowakische Republik. Sie haben zwar eine deutlich unterdurchschnittliche Einkommensungleichheit. Gleichzeitig werden in diesen Ländern die Einkommensunterschiede aber besonders kritisch bewertet. Dies spiegelt möglicherweise auch die sozialistische Geschichte und die Folgen der Transformation wider. In Ungarn stimmen 77,5 Prozent der Befragten voll und ganz zu, dass die Einkommensunterschiede im Land zu groß sind, weitere 19,6 Prozent stimmen grundsätzlich zu. Zum anderen gibt es Länder wie Spanien und das Vereinigte Königreich, die zwar eine überdurchschnittliche Ungleichheit der Nettoeinkommen aufweisen, die Bevölkerung bewertet die Einkommensunterschiede aber als nicht sehr kritisch. In diese Ländergruppe lassen sich auch die USA einordnen. Mit einem Gini-Koeffizienten der Nettoeinkommen laut PSID in Höhe von 0,417 sind die USA aber ein starker Ausreißer. Bei Hinzunahme der USA wird der Zusammenhang zwischen den beobachteten Größen noch schwächer.

Abbildung 7 illustriert den Zusammenhang zwischen der Bewertung der Einkommensunterschiede und dem oben beschriebenen subjektiven Ungleichheitsindikator (subjektiver Gini-Koeffizient). Es ist direkt ein deutlich positiver Zusammenhang zwischen den beiden Größen zu erkennen. Dies spiegelt sich auch in dem R-Quadrat wider: Die subjektive Ungleichheitswahrnehmung gemessen am Gini-Koeffizienten kann beinahe 65 Prozent der Variation in der Bewertung der Einkommensdifferenzen erklären. Der Korrelationskoeffizient zwischen beiden Größen beträgt knapp 0,81 und er ist statistisch hochsignifikant. Die erklärte Varianz und der Korrelationskoeffizient steigen sogar leicht, wenn ebenfalls die Anteile derjenigen hinzugezogen werden, die „nur“ zustimmen, dass die Einkommensunterschiede zu groß sind. Der Zusammenhang bleibt in diesem Fall auch dann bestehen, wenn die USA berücksichtigt werden. Denn dort ist zwar die tatsächliche Ungleichheit

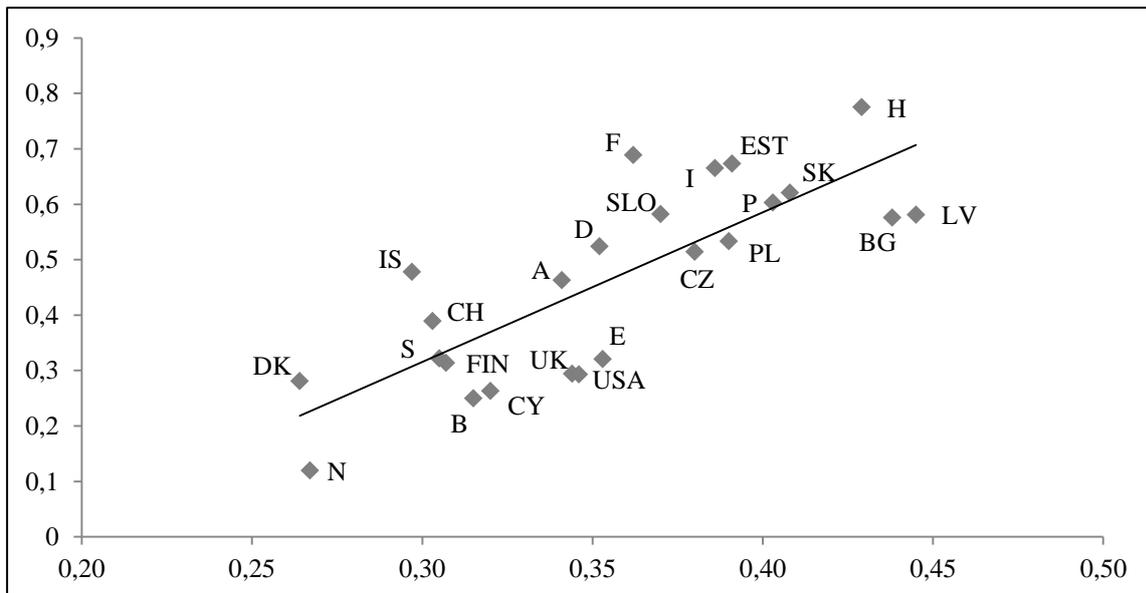
sehr hoch, die empfundene Ungleichverteilung der Einkommen ist aber wesentlich geringer und dementsprechend auch die Bewertung der Einkommensunterschiede.

Der Vergleich der Abbildungen 6 und 7 liefert zwei Erkenntnisse: Zum einen bieten die bivariaten Korrelationen reichlich Evidenz dafür, dass die Bewertungen der Einkommensunterschiede innerhalb eines Landes nahezu völlig unabhängig von der tatsächlichen Ungleichverteilung der Einkommen sind. Zum anderen ist ein Korrelationskoeffizient von über 0,8 auch ein Indikator für die Güte des zuvor entwickelten subjektiven Ungleichheitsmaßes. Die Aggregation der Zustimmungsteile für die in der Übersicht dargestellten fünf Gesellschaftsformen zu einem subjektiven Gini-Koeffizienten erlaubt somit eine geeignete Darstellung der Gesellschaftswahrnehmung insgesamt. Darüber hinaus scheint die Aufteilung der Gesellschaft in ein „oben“ und „unten“ stark mit der Vorstellung von Einkommensunterschieden einherzugehen, da bei der Bewertungsvariable explizit nach Einkommensunterschieden und beispielsweise nicht nach Vermögensunterschieden gefragt wird. Die Ergebnisse bleiben auch dann bestehen, wenn anstatt der Gini-Koeffizienten Mittelwert-Median-Verhältnisse als Ungleichheitsindikatoren verwendet werden.

Abbildung 7

Bewertung von Einkommensunterschieden und subjektiv empfundene Ungleichheit

Angaben¹⁾ für das Jahr 2009



1) Zustimmung voll und ganz, dass die Einkommensunterschiede im Land zu groß sind, in Prozent (vertikale Achse). Konstruierter Gini-Koeffizient der subjektiven Ungleichheitswahrnehmung (horizontale Achse).

Quellen: ISSP; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Ungleichheitswahrnehmung und Umverteilungspräferenz

Nach dieser Validierung des subjektiven Ungleichheitsmaßes liegt es nahe, die Güte des neuen Indikators zur Erklärung der Umverteilungspräferenzen zu untersuchen. Zunächst wird der traditionelle Gini-Koeffizient der Einkommensungleichheit als erklärende Variable verwendet (Tabelle).

Tabelle

Erklärungsfaktoren von Umverteilungspräferenzen

Abhängige Variable: Gini-Koeffizient der subjektiven Ungleichheitswahrnehmung im Jahr 2009

	Modell I		Modell II		Modell III		Modell IV	
	Koeffizient	T-Wert	Koeffizient	T-Wert	Koeffizient	T-Wert	Koeffizient	T-Wert
Subjektiver Gini-Koeffizient	–	–	–	–	2,061**	5,26	1,772**	4,88
Tatsächlicher Gini-Koeffizient	–0,004	–0,01	0,599	0,94	–	–	–	–
Logarithmiertes BIP pro Kopf	–	–	–0,040*	–2,23	–	–	–0,024*	–2,18
Anteil der über 64-Jährigen	–	–	0,286*	2,54	–	–	0,018*	2,30
Offenheitsindikator ¹⁾	–	–	–0,010	–1,51	–	–	–0,006	–1,42
Konstante	0,329	1,70	0,766	1,81	–0,404**	–2,88	0,064	0,20
R-Quadrat	0,000	–	0,350	–	0,557	–	0,698	–

1) Anteil ausländischer Direktinvestitionen am BIP; Anmerkungen: ** p < 0,01, * p < 0,05, n = 24.
Quellen: Eurostat; ISSP; PSID; Weltbank; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Die ersten beiden Spalten zeigen deutlich, dass die mittels Gini-Koeffizienten gemessene Ungleichheit der Einkommensverteilung keinen Einfluss auf die Umverteilungspräferenz hat. Wird stattdessen der Einfluss des zuvor definierten Gini-Koeffizienten der subjektiven Ungleichheitswahrnehmung untersucht, ergibt sich ein hochsignifikanter Effekt. Einzeln erklärt die Ungleichheitswahrnehmung bereits knapp 56 Prozent der Variation in der Zustimmung zu staatlicher Umverteilung. Aufgrund der kleinen Stichprobengröße von nur 24 Ländern ist kein umfangreiches Regressionsmodell schätzbar. Es kann aber untersucht werden, ob der Einfluss des subjektiven Gini-Koeffizienten bestehen bleibt, wenn weitere Kontrollvariablen hinzugefügt werden. Die Wahl der weiteren Einflussfaktoren folgt weitgehend Engelhardt und Wagener (2014) und umfasst das logarithmierte BIP als Wohlstandsindikator, den Anteil der über 64-Jährigen in der Bevölkerung und einen Offenheitsindikator. Das Modell IV zeigt zunächst, dass der Einfluss der Ungleichheitswahr-

nehmung bei Hinzunahme der weiteren Kontrollvariablen nahezu unverändert bleibt. Darüber hinaus geht *ceteris paribus* ein höheres Wohlstandsniveau mit einer geringeren Zustimmung für staatliche Umverteilung einher. Die Berechnung standardisierter Regressionskoeffizienten zeigt aber, dass der Einfluss der subjektiven Ungleichheit den Wohlfandseffekt übertrifft. Ein höherer Anteil der älteren Bevölkerung hat erwartungsgemäß einen positiven Einfluss. Der Offenheitsindikator hat wie auch bei Engelhardt und Wagnner (2014) keinen signifikanten Einfluss. Weiterhin ist anzumerken, dass der Anteil der Bevölkerung unter 15 Jahren und unterschiedliche Arbeitslosenindikatoren keinen zusätzlichen Erklärungsbeitrag bezüglich der Variation in den Umverteilungspräferenzen leisten. Ebenso bleiben alle Effekte erhalten, wenn die USA als Ausreißer aus der Regressionsanalyse ausgeschlossen werden.

Die Ergebnisse dieser einfachen Schätzung können eine neue Erklärung dafür liefern, warum in den ländervergleichenden Analysen selten der erwartete Effekt von Einkommensungleichheit auf Umverteilung zu finden ist. Von der Ungleichheit ist nur dann ein Effekt zu erwarten, wenn diese auch wahrgenommen wird. Der polit-ökonomische Mechanismus, inwieweit Umverteilungspräferenzen letztlich tatsächlich in höherer staatlicher Umverteilung resultieren, wird hier nicht näher untersucht. Es sei nur angemerkt, dass zwischen Umverteilungspräferenzen und effektiver Umverteilung wie auch zwischen den Präferenzen und der Höhe der Sozialausgaben im Querschnittsvergleich kein signifikanter Zusammenhang besteht. Dies ist wenig überraschend, da Länder mit sehr umfangreicher staatlicher Umverteilung – wie beispielsweise die skandinavischen Länder – sich gleichzeitig durch eine sehr geringe Ungleichheit und Ungleichheitswahrnehmung kennzeichnen. Um kausale Zusammenhänge zwischen Ungleichheitswahrnehmung und faktischer Umverteilung zu untersuchen, wäre eine Betrachtung der Veränderungen im Zeitablauf notwendig. Aufgrund der mangelnden Datenlage zu subjektiven Verteilungsindikatoren ist diese aber aktuell noch nicht durchführbar.

Schlussfolgerungen und Ausblick

Mithilfe von internationalen Befragungsdaten zu subjektiven Einstellungen lässt sich zeigen, dass es im Ländervergleich nahezu keinen Zusammenhang zwischen der tatsächlichen Verteilung der Einkommen und der kritischen Bewertung von Einkommensdifferenzen gibt. Allerdings werden ähnliche (Einkommens-)Ungleichheiten in einzelnen Ländern sehr unterschiedlich wahrgenommen. Im Gegensatz zur tatsächlichen Einkommensverteilung kann die subjektiv empfundene Ungleichheit einen Großteil der Variation in der Bewertung von Einkommensunterschieden erklären. Ebenso hängen die Umverteilungspräferenzen stark mit der Ungleichheitswahrnehmung zusammen. Aber auch das absolute Wohl-

standsniveau eines Landes hat einen signifikanten Einfluss auf den Wunsch nach mehr staatlicher Umverteilung: Osteuropäische EU-Staaten wie Ungarn und Slowenien weisen zwar sehr geringe Einkommensungleichheiten auf, die Bevölkerung vermutet aber trotzdem eine sehr ungleiche Statusverteilung und hat ebenso starke Präferenzen für mehr Umverteilung. Ob dieser Effekt kausal eher auf dem sozialistischen Hintergrund dieser Länder beruht, lässt sich mit diesem einfachen Regressionsmodell nicht erklären.

Die Ergebnisse bieten trotzdem nicht nur einen neuen Erklärungsansatz für die geringe wohlfahrtsstaatliche Umverteilung in den USA, sondern auch für die Umverteilungsunterschiede in Deutschland und der Schweiz: Bei den Letzteren beiden handelt es sich um Länder mit einer sehr ähnlichen Einkommensverteilung, aber mit erkennbaren Unterschieden in der wahrgenommenen Ungleichheit. Darüber hinaus lassen die Ergebnisse vermuten, dass geringfügige Veränderungen der Einkommensverteilung – beispielsweise durch staatliche Umverteilungseingriffe – keinen unmittelbaren Einfluss auf die empfundene Ungerechtigkeit in einer Gesellschaft haben. Die Untersuchung zeigt die Bedeutung einer verzerrten Verteilungswahrnehmung für die Bewertung von Einkommensunterschieden und Umverteilungspräferenzen. Für die künftige Forschung ist es von Interesse, wie die unterschiedlichen Fehleinschätzungen der Ungleichheit in einer Gesellschaft zustande kommen. Neben der Untersuchung sozialer und kultureller Prägungen ist zu analysieren, ob unterschiedliche Berichterstattungen über Verteilungsergebnisse eine Rolle für die Ungleichheitswahrnehmung der Bevölkerung spielen.

Literatur

Alesina, Alberto / **La Ferrara**, Eliana, 2005, Preferences for redistribution in the land of opportunities, in: *Journal of Public Economics*, 89. Jg., Nr. 5–6, S. 897–931

Alesina, Alberto / **Giuliano**, Paola, 2010, Preferences for redistribution, in: Benhabib, Jess / Jackson, Matthew O. / Bisin, Alberto (Hrsg.), *Handbook of Social Economics*, Amsterdam, S. 93–131

Bénabou, Roland / **Ok**, Efe A., 2001, Social mobility and the demand for redistribution: the POUM hypothesis, in: *Quarterly Journal of Economics*, 116. Jg., Nr. 2, S. 447–87

Corneo, Giacomo / **Grüner**, Hans Peter, 2002, Individual preferences for political redistribution, in: *Journal of Public Economics*, 83. Jg., Nr. 1, S. 83–107

Cruces, Guillermo / **Perez-Truglia**, Ricardo / **Tetaz**, Martin, 2013, Biased perceptions of income distribution and preferences for redistribution: Evidence from a survey experiment, in: *Journal of Public Economics*, 98. Jg., Nr. C, S. 100–112

Engelhardt, Carina / **Wagener**, Andreas, 2014, Biased perceptions of income inequality and redistribution, Discussion Paper, Nr. 526, Leibniz Universität, Hannover

- Eurostat**, 2012, EUSILC UDB 2010 – Version 2, August, Luxemburg
- Eurostat**, 2013, EUSILC UDB 2011 – Version 1, März, Luxemburg
- ISSP Research Group**, 2011, International Social Survey Programme: Soziale Ungleichheit – ISSP 2009, GESIS Datenarchiv, Köln
- Kenworthy**, Lane / **McCall**, Leslie, 2008, Inequality, Public Opinion and redistribution, in: *Socio-Economic Review*, 6. Jg., Nr. 1, S. 35–68
- Lübker**, Malter, 2007, Inequality and the demand for redistribution: are the assumptions of the new growth theory valid?, in: *Socio-Economic Review*, 5. Jg., Nr. 1, S. 117–148
- Meltzer**, Allan H. / **Richard**, Scott F., 1981, A rational theory of the size of government, in: *Journal of Political Economy*, 89. Jg., Nr. 5, S. 914–927
- Niehues**, Judith, 2013, Staatliche Umverteilung in der Europäischen Union, in: *IW-Trends*, 40, Jg., Nr. 1, S. 51–67
- Niehues**, Judith / **Schaefer**, Thilo / **Schröder**, Christoph, 2013, Arm und Reich in Deutschland: Wo bleibt die Mitte?, *IW-Analysen*, Nr. 89, Köln
- Norton**, Michael I. / **Ariely**, Dan, 2011, Building a better America – One wealth quintile at a time, in: *Perspectives on Psychological Science*, 6. Jg., Nr. 1, S. 9–12
- Panel Study of Income Dynamics**, The Cross-National Equivalent File 1970–2009, Institute for Social Research, University of Michigan, Ann Arbor
- Weltbank**, World Development Indicators, Online-Datenbank
- Zweifel**, Peter / **Neustadt**, Ilja, 2013, Why does income redistribution differ between countries? Comparative evidence from Germany and Switzerland, in: *CESifo DICE Report*, Nr. 3, S. 39–47

Subjective Perceptions of Inequality and Redistribution Preferences: An International Comparison

Views on income inequality and concomitant redistribution preferences are crucial to the design of tax and transfer systems. Although income distribution in Germany and Switzerland is very similar, opinions differ widely as to how critically income differences are viewed. This is hardly surprising given that when countries are compared there is almost no connection between the actual distribution of incomes and subjective estimations of income differentials. A factor which far better explains views on distribution is the subjective assessment of inequality within a society. Similarly, redistribution preferences are influenced less by actual distribution than by perceived inequality.

IW-Trends – Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung
aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 41. Jahrgang, Heft 2/2014; ISSN 0941-6838 (Printversion);
ISSN 1864-810X (Onlineversion), Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung erhalten Sie
über lizenzen@iwkoeln.de, die erforderlichen Rechte für elektronische Pressespiegel unter
www.pressemonitor.de © 2014, IW Medien GmbH, Köln; DOI: 10.2373/1864-810X.14-02-06